

Constanze Lindner-Schädlich
Stadträtin



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

München, 30.01.2001
bundeswohnungen/fri

Bundeseigene Wohnungen

AN T R A G:

1. Der Oberbürgermeister und das Planungsreferat werden gebeten, umgehend mit dem Bundesfinanzministerium in Gespräche einzutreten, mit dem Ziel, die preiswerten Bundesbedienstetenwohnungen zu erhalten.
2. Das Planungsreferat wird gebeten zu prüfen, ob und für welche zusammenhängende Gebiete von Bundeswohnungen Erhaltungssatzungen erlassen werden können.

Begründung:

Neben den bereits schon bekannten Verkaufsabsichten von bundeseigenen Wohnungen werden auch in München durch den Abzug der Truppen in erheblicher Zahl Wohnungen von Bundeswehrbediensteten frei. Städte mit erhöhtem Wohnungsbedarf sind auf den Bestand von Mietwohnungen, die der öffentlichen Hand gehören, angewiesen. Bevor Tatsachen geschaffen werden, die einen eventuellen Verkauf zur Folge haben, wird das Bundesfinanzministerium gebeten, dringend Gespräche mit den betroffenen Städten aufzunehmen. Verkaufsabsichten an Private, wie von der alten Bundesregierung seinerzeit bei den Eisenbahnerwohnungen festgelegt, dürfen sich nicht wiederholen.

gez.
Constanze Lindner-Schädlich
Stadträtin